

# Armut ist weiblich – heute die Armut von morgen bekämpfen

Die Alterssicherungseinkünfte von Frauen sind in Deutschland nicht einmal halb so hoch, wie die der Männer. Gründe hierfür sind vor allem Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Kinderbetreuung und Pflege. Hinzu kommt, dass Frauen sich – im Gegensatz zu Männern – doppelt so häufig in prekärer (Teilzeit-)Beschäftigung befinden. Auch die unterdurchschnittliche Bezahlung geschlechtsspezifischer Arbeit, beispielsweise in Pflege- und Sorgeberufen, verschlechtert die Lebenssituation von Frauen weiter.

„Wenn jetzt die Weichen nicht neu gestellt werden, wird sich die Altersversorgung der Frauen zukünftig weiter dramatisch verschlechtern“, so Michael Rudolph, Sprecher des Bündnisses für soziale Gerechtigkeit in Hessen.

Konkret fordert das Bündnis eine bessere Bewertung niedriger Einkommen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die gesetzliche Rente muss das Existenzminimum übersteigen – unabhängig vom Erwerbsverlauf. Das Rentenniveau soll auf mindestens 50 Prozent angehoben werden und eine Anhebung des Renteneintrittsalters lehnt das Bündnis ab.

Die gesetzliche Rente ist das Spiegelbild des Erwerbslebens, weil die Einkommen aus Erwerbsarbeit die Rentenhöhe bestimmen. So führen Zeiten der Arbeitslosigkeit, Erziehungs- und Pflegearbeitszeiten, niedriger Arbeitslohn, (unfreiwillige) Teilzeitarbeit und Minijobs zu geringeren oder gar keinen Ansprüchen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Weiterhin fordern wir die Abschaffung von steuerlichen Fehlanreizen.

Daher gilt es, den Niedriglohnsektor effektiv einzudämmen. Insbesondere Minijobs sind für Frauen der direkte Weg in die Altersarmut. Diese müssen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse überführt werden. „Die gesetzlich festgeschriebene Entgeltgleichheit von Frauen und Männern, sowie die Aufwertung und bessere Bezahlung in der Erziehung und Pflege – die überwiegend von Frauen geleistet werden – gehören endlich umgesetzt“, so Ralf Weidner, Geschäftsführer des Bündnisses.

Generell unterstützt das Bündnis die Forderung nach geschlechtergerechter Verteilung von familiärer Sorgearbeit. Pressekontakt: [ralf.weidner\(at\)ekkw.de](mailto:ralf.weidner@ekkw.de)

---

TEILEN

[DOWNLOAD PDF](#) [DRUCKEN](#)

[<< zurück](#)